Münsterländische Volkszeitung

Rheiner Volksblatt

Amtlicher Anzeiger für Stadt und Amt Rheine.

Organ der Zentrumspartei.

Bezugspreis: Monatlich frei durch unsere Boten ins Haus, sowie von der Geschäftsstelle abgeholt 4.00 Mk., im voraus zahlbar durch die Post frei ins Haus 13 — Mk. vierteljährlich. Die M. V. erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Druck und Verlag von Joseph Altmeppen in Rheine. Hauptgeschäftsstelle und Redaktion: Bahnhofstraße 2. Fernsprecher Nr. 352. — Telegramm-Adresse: Volkszeitung Rheine (Westf.) — Postscheckkonto Cöln Nr. 40894. — Postschließfach Rheine Nr. 75. —

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 1 mm Raumhöhe 80 Pfg., für Stadt und Amt Rheine: 20 Pfg., behördliche sowie Bank- und Finanzanzeigen 25 Pfg. Reklamen 120 Pfg. Teuerungszuschlag 20 Proz. Anzeigenannahme bis 3 Uhr nachm. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebener Stelle wird keine Garantie übernommen. Für Fehler, welche durch Fernsprecher oder mangelhafte Manuskriptlieferung entstehen, wird nicht gehaftet. Bei zwangsweiser Beitreibung von Gebühren fällt jeder Rabatt fort.

Wöchentliche Beilagen: Für Unterhaltung: „Sonntagslese"; für Landwirtschaft: „Feld und Garten"; für Sport und Jugendpflege: „Jung Rheine"

Nr. 24. **Rheine i. W., Montag, den 31. Januar 1921.** **44. Jahrgang**

Aus der Zentrumspartei.

Evangelische Zentrumsfreunde!

Der deutschnationale Reichsbote hat uns als Verräter an unserm Glauben bezeichnet. Aus dem gesamten deutschnationalen Lager hallt das Echo wieder. In Empörung über eine derartige Kampfesweise hat ein Kreis an hervorragender Stelle stehender Evangelischer mich beauftragt, Eure Meinung und vor allem Eure Anschrift umgehend zu erbitten. Wir planen kein evangelisches Seitenstück zu dem deutschnationalen Katholikenausschuß. Derartige auf Stimmenfang berechnete Methoden überlassen wir den Deutschnationalen. Wir wissen uns auch an Zahl stark genug, und unser Einfluß auf die Partei ist in einem solchen Grade vorhanden, daß wir eines besonderen Ausschusses nicht bedürfen. Angesichts der schamlosen Verdächtigungen erübrigt es, einmütig und geharnischt Protest zu erheben. Die Quelle des Uebels liegt außer bei den Deutschnationalen beim Evangelischen Bund. Die gesamten deutschen evangelischen Organisationen müssen wir mobil machen, damit sie endlich Farbe bekennen, wie sie sich zu den Treibereien von diesen beiden Seiten stellen. Mit gewundenen Erklärungen und diplomatischen Gesten lassen wir uns diesmal nicht abspeisen. Die Zeitungen, die aus den genannten trüben Quellen gespeist werden, gilt es unverzüglich abzubestellen. In der Zentrumspresse haben wir erstklassige Organe, die nicht nur unserer politischen Gesinnung entsprechen, sondern die auch lebendigen Anteil nehmen an unserer Bewegung und Mitarbeit. Im Auftrage gez.: Otto Timmermann, Berlin W. 8, Französische Straße 62.

„:" **Die eben erschienene Nr. 2 der Windthorstblätter** (herausgegeben vom Reichsgeneralsekretariat der deutschen Zentrumspartei, Berlin W. 8, Französische Straße 62; Preis pro Quartal 4 Mark) enthält folgenden Aufruf: An unsere Preußische Zentrumsjugend! Der 20. Februar ist ein Groß-Wahltag und ein Großkampftag. In den preußischen Landtag, in die Provinziallandtage und Kreistage werden die Vertreter unseres Volkes gewählt. Der Kampf wird mit Einsatz aller Kräfte geführt. Christliche Jugend, du mußt und kannst den Kampf unterstützen. Hilf der Partei, die allein die christlichen Grundsätze im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben vertritt und so dir ein glücklicheres Vaterland aufbauen wird. Unterstütze die Zentrumspartei in der Wahlvorbreitung und am Wahltage selbst. Laß dich nicht übertreffen von der sozialistischen Jugend, die aus den Städten heraus zur Wahlagitation bis in das entlegenste Dorf geführt wird! Muß nicht unsere Zentrumsjugend, die für die Volksversöhnung in unserem zerrissenen und bedrückten Vaterlande kämpft, eine größere Begeisterung erfassen, als die sozialistische, die sich für egoistische Klassenziele einsetzt? Jugend und Alter müssen im Zentrum zusammenkämpfen, dann wird der 20. Februar ein Siegestag werden zum Segen unseres gesamten Volkes.

Der Groß-Wahltag

Ausschneiden! **Ausschneiden!**

Die Wahlen in Preußen am 20. Februar 1921.
Merkblatt für den Wähler.

1. Gewählt wird am 20. Februar 1921 zum Reichstag in Ostpreußen und in Schleswig-Holstein, zum Landtag in ganz Preußen, zum Provinziallandtag in ganz Preußen außer Berlin und Hohenzollern, zum Kreistag in allen Landkreisen außer Hohenzollern und denjenigen, in denen die Wahlen durch besondere Anordnung des Ministers des Innern ausgesetzt sind.

In Oberschlesien sin sämtliche Wahlen aufgeschoben.

2. Verhalten des Wählers vor der Wahl: 1. Hinsichtlich der Wählerliste: Wählen kann im allgemeinen nur der Wähler, der in die Wählerliste seines Wahlbezirks eingetragen ist (Ausnahme siehe unter 2). Jeder Wähler muß also feststellen, ob er in diese Wählerliste eingetragen ist; er kann diese Feststellung persönlich machen oder durch einen Beauftragten vornehmen lassen. Die Feststellung muß erfolgen in der Zeit, während welcher die Wählerliste zu jedermanns Einsicht ausliegt. Die Wählerliste liegt vom 23. Januar ab mindestens bis zum 30. Januar zu jedermanns Einsicht auf. Wo, wie lange und zu welchen Tagesstunden die Wählerliste ausgelegt wird, gibt der Gemeindevorstand vor der Auslegung der Wählerliste in ortsüblicher Weise bekannt. Wer die Wählerliste für unrichtig oder unvollständig hält, insbesondere wer glaubt, zu Unrecht nicht eingetragen zu sein, kann Einspruch erheben. Der Einspruch muß bei der Gemeindebehörde oder bei dem von ihr Beauftragten erhoben werden. Der Einspruch muß schriftlich angebracht oder zu Protokoll gegeben werden. Der Einspruch muß bis zum Ablauf der Auslegungsbrist, in der Regel also spätestens am 30. Jan. erhoben werden. Der Einspruchserheber muß für die Richtigkeit seiner Behauptungen, soweit sie nicht offenkundig sind, Beweismittel beibringen. Vor Auslegung der Wählerliste gibt der Gemeindevorstand bekannt, in welcher Zeit und in welcher Weise Einsprüche gegen die Wählerliste erhoben werden können.

2. Hinsichtlich des Wahlscheins: Der Wähler kann im allgemeinen nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerliste er eingetragen ist. Wähler aber, die Inhaber von Wahlscheinen sind, können zum Landtag überall in Preußen, zum Reichstag überall in Ostpreußen oder Schleswig-Holstein wählen. Für die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen sind Wahlscheine nicht verwendbar. Wer für Reichs- und Landtag einen Wahlschein benutzt, muß sich daher vergegenwärtigen, daß er sich die Möglichkeit, bei der gleichzeitig stattfindenden Provinziallandtags- und Kreistagswahl mitzustimmen, beschränkt.

Einen Wahlschein kann im allgemeinen nur erhalten, wer in die Wählerliste eingetragen ist (Ausnahmen siehe unten). Der Wähler muß sich den Wahlschein selbst besorgen. Dies geschieht durch einen bei der Gemeindebehörde seines Wohnortes zu stellenden Antrag auf Ausstellung eines Wahlscheines. Ein solcher Antrag kann im allgemeinen am Tage vor der Wahl gestellt werden; nur in größeren Gemeinden kann die Entgegennahme solcher Anträge schon am zweitletzten Tage vor der Wahl geschlossen werden.

Verlangen kann der Wähler einen Wahlschein

a) wenn er in Ausübung seines Berufs oder zur Erledigung persönlicher oder öffentlicher Angelegenheiten — dazu zählen auch Wahlangelegenheiten — am Wahltag außerhalb seines Wohnortes sich aufhält oder ihn so frühzeitig verlassen muß oder an ihn so spät zurückkehrt, daß er dort nicht mehr wählen kann. Hierzu gehören namentlich Schiffer und Schiffsleute auf See- und Binnenschiffen einschließlich der mitfahrenden Angehörigen ihres Hausstandes. Floßführer und Floßleute, Bahn- und Postbedienstete, Geschäftsreisende und Wandergewerbetreibende, Wahlhelfer;

b) wenn er am Wahltag zu Kur- und Erholungszwecken außerhalb seines Wohnortes sich aufhält;

c) wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den Wahlschein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Wahlraum aufzusuchen.

Auch wer nach Ablauf der Auslegefrist der Wählerliste seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt, kann sich einen Wahlschein ausstellen lassen; er muß seinen Antrag an die Gemeindebehörde seines bisherigen Wohnorts richten.

In allen diesen Fällen ist Voraussetzung, daß man in der Wählerliste steht. Ohne Eintragung in eine Wählerliste sind auf Antrag mit einem Wahlschein zu versehen:

a) Wähler, die wegen Ruhens des Wahlrechts oder wegen Behinderung in seiner Ausübung in die Wählerliste nicht eingetragen waren, wenn der Grund hierfür nachträglich weggefallen ist;

b) Auslandsdeutsche und ehemalige Angehörige der Abtretungsgebiete, die nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerliste ihren Wohnort in das Inland verlegt haben;

c) Wähler, die in die Wählerliste nicht eingetragen waren, aber nachweisen, daß sie ohne ihr Verschulden die Frist zur Einlegung hiergegen versäumt haben.

Zuständig für die Auslegung des Wahlscheines ist in allen diesen Fällen die Gemeindebehörde des Wohnorts.

Der Grund zur Ausstellung eines Wahlscheins muß auf Erfordern der Gemeindebehörde vom Antragsteller glaubhaft gemacht werden. Ueber seine Berechtigung zur Antragstellung oder zur Empfangnahme muß sich der Antragsteller oder Empfäger gehörig ausweisen.

Es liegt im wohlverstandenen Interesse der Wähler, daß sie mit der Einsichtnahme in die Wählerliste und der Beantragung der Wahlscheine nicht bis zum letzten Augenblick warten, sonst kommen sie unter Umständen zu spät und können von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen. Pflicht jedes Wählers ist es aber, sein Wahlrecht auszuüben.

Deutscher Reichstag.

Die Linke will immer eine Extrawurst gebraten haben. Als nämlich in der Freitagssitzung des Reichstages nach Erledigung einiger kleiner Anfragen der Präsident den Arbeitsplan der kommenden Tage bekannt gab, knüpfte er daran die Bitte, daß sich die Redner auf dreiviertel Stunde Redezeit beschänken sollten. Den Abgeordneten aller Parteien, schien dieses recht und jeder hatte wohl den Vorschlag des Präsidenten als das aufgefaßt, was er sein sollte, als eine Bitte. Nur der Kommunist Geyer konnte oder wollte es nicht verstehen und glaubte, gegen diesen Vorschlag als eine Vergewaltigung protestieren zu müssen. Man ging aber auch schließlich über diesen Protest hinweg und wandte sich dem Reichswehretat zu, zu dem als erster Redner der Volksparteiler Brüninghaus sprach. Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß die Debatte am Freitag auffallend sachlich verlief, was gerade in Hinsicht gegenüber ganz bestimmter Parteien des Hauses auf die Haltung der Wehrmacht einigermaßen verwunderlich erscheint. Ebenso wie die anderen Redner bedauerte Brüninghaus den Umstand, daß unser kleineres Heer mehr Kosten verursache, als früher ein größeres, verstand aber auch schließlich die Ursache dafür, die darin liegt, daß die Verwaltungskosten auch bei einem kleineren Mannschaftsbestande immer dieselben sind, und sich infolgedessen das eigenartige Mißverhältnis bei unseren 100 000 Mann herausstellt. Auch die Fahnenfrage kam zur Sprache. Der Redner wollte zwar diese Frage nicht zu einer politischen machen, konte aber nicht umhin, die alte Reichsfahne als die Fahne der Zukunft zu bezeichnen. Nach ihm machte der Reichswehrminister Geßler seine Erwiderung auf die verschiedenen Anstände. Er nahm es für sein Ministerium in Anspruch, daß es gelungen sei, die Reichswehr aus dem Bürgerkrieg herauszuziehen und die Disziplin wieder zu festigen. Ferner gab der Minister der Hoffnung Ausdruck, daß der Verlust der Souveränität bezüglich der Militärmacht nur als ein Ausnahmezustand, der durch den Vertrag von Versailles hervorgerufen sei, anzusehen ist. Im übrigen sei auch er bestrebt, den Friedensvertrag innezuhalten und die Reichswehr zu einem Instrument zu machen das nicht dem politischen Spiel der Kräfte zu folgen habe, sondern dem Schutze der bestehenden Ordnung dienen müsse. Als nächster nach dem Minister sprach dann noch der Abg. Künstler von den Unabhängigen, dessen Kritik nach jeder Richtung hin nur eine rein negative war. Die Abfuhr, die er und damit die ganze Linke von dem Minister erhielt, war nicht schlecht. Dr. Geßler konnte nämlich darauf hinweisen, daß alle Zivilminister, die ein Militärwesen zu leiten hätten, in ein etwas prekäres Verhältnis zu der Denkungsart der Nurmilitärs zu kommen pflege und berief sich dabei auf einen Zeugen, dessen persönlichen Ausspruch er zitierte und der wohl auch von der Linken als Autorität angesehen werden muß, nämlich auf Trotzki, den Diktator in Rußland. Mit dem Sprecher der Demokraten Abg. Haas ging die Debatte weiter.

Die Einigung über die Wiedergutmachung.

Wie Deutschland ausgepreßt werden soll.

England gegen Doumer. — Französische Einheitsfront gegen Deutschland.

London, 28. Jan. Ein eingehendes Bild über die Lage in Paris bringt der dortige „Times"-Berichterstatter. Er schreibt: Die Aussichten der Konferenz haben sich keineswegs gebessert. Die vom französischen Finanzminister [illegible] Summe ist weit entfernt von allem, was bisher die Grundlage für alliierte Besprechungen gebildet hat. Der Berichterstatter verzeichnet das gestern in Paris umlaufende Gerücht, daß Lloyd George Briand gesagt habe, wenn dieser Doumer nicht selbst fallen lasse, dann täte die britische Delegation besser, ihre Koffer zu packen und heimzureisen. Briand und die übrigen französischen Delegierten sind auf keinen Fall der Ansicht wie Doumer. Wenn die britische Regierung nicht bereit ist, ihre Zustimmung zu Bürgschaften oder etwaigen Zwangsmaßnahmen zu geben, ist ein ernstes Uebereinkommen in der Wiedergutmachungsfrage nicht möglich. Wenn England dagegen bereit ist, gegen Deutschland Hand in Hand mit Frankreich und den anderen Delegierten zu gehen, so werden wahrscheinlich Zwangsmaßnahmen niemals notwendig werden. Es ist notwendig, eine Warnung zu erlassen, die sehr ernst genommen werden müsse. Frankreich will eher die Ausführung des Friedensvertrages auf eigene Hand erzwingen, als sich die Wiedergutmachung nehmen lassen, die es zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete braucht. In dieser Frage besteht keine Meinungsverschiedenheit zwischen den französischen Staatsmännern, die im Rufe stehen, versöhnlich zu sein, wie Briand, und den für weniger nachgiebig gehaltenen Staatsmännern wie Poincare. Unter den nichtfranzösischen Delegierten soll die Ansicht vertreten sein, daß man augenblicklich von der Konferenz gar nicht mehr reden könne, und daß sie lieber schon heute als Sonnabend enden sollte. Bis zur Londoner Konferenz am 21. Februar würden dann die alliierten Sachverständigen in Brüssel ihre Verhandlungen mit den deutschen Delegierten wieder aufgenommen haben. Wenn die augenblickliche Konferenz den Eindruck hervorrufen sollte, daß Briand nicht stark genug sei, um die Wiedergutmachung, die Frankreich dringend brauche, zu sichern, so könnte die öffentliche Meinung möglicherweise Poincare an die Spitze einer auf keinen Fall nachgiebigen Kammermehrheit stellen.

Drohung Briands.

Paris, 28. Jan. Nach Pertinax hat Briand Lloyd George mit einer französischen Ministerkrise gedroht, worauf Lloyd George erklärt habe, das sei ein Grund mehr, um ein für alle Mal zum Schluß zu kommen. Er habe konkrete Vorschläge gemacht, die im Abkommen von Boulogne enthalten seien, Briand aber habe nichts Positives gebracht.

Paris, 30. Jan. Nach außerordentlich bewegten Verhandlungen und nach einer Reihe von Sitzungen, von denen sich die letzte bis nach Mitternacht ausdehnte, kam das Einvernehmen zwischen Frankreich und England in der Entschädigungsfrage zustande. Es sei gleich vorweg bemerkt, daß es Deutschland weit schwerere Opfer auferlegt, als man jemals erwartete, und es bleibt nur die eine Hoffnung, die man auch sofort aussprechen muß, daß es bei der Begegnung der Verbandsvertreter mit denjenigen der Deutschen, die aller Wahrscheinlichkeit nach gelegentlich der Konferenz in London am 21. und 22. Februar stattfinden wird, gelingen dürfte, Abänderungen der gestern getroffenen Abmachungen zu erwirken. Diese Abmachungen lauten:

Deutschland wird den Verbündeten bezahlen:
zwei Jahresraten von 2 Milliarden,
drei Jahresraten von 3 Milliarden,
drei Jahresraten von 4 Milliarden,
drei Jahresraten von 5 Milliarden,
31 Jahresraten von 6 Milliarden; dazu kommt ein 12½proz. Zuschlag auf die deutsche Ausfuhr. Demnach hat Deutschland 226 Milliarden innerhalb 42 Jahren
zu bezahlen Was, zu einem Interessensatz von 5 Prozent gerechnet, ungefähr 100 Milliarden Goldmark gegenwärtig ergeben würde.

Zu diesen schweren finanziellen Lasten kommen noch eine Reihe von Strafbestimmungen hinzu, falls es diese Verpflichtungen nicht erfüllt. Zu diesen Strafbestimmungen gehören:

1. **die Beschlagnahme der deutschen Zölle,**
2. **die Besetzung des Ruhrgebiets,**
3. **Aufschub der Räumungsfristen für die Rheinlande,**
4. **die Anwendung des Artikels 270 des Friedensvertrages, der besagt, daß für die Rheinlande ein eigenes Zollsystem eingeführt werden könne.**

Die Verhandlungen vollzogen sich außerordentlich mühsam. Es konnte vorgestern bereits [illegible] werden, daß die Engländer, der Ausfuhrtaxe von 12½ Prozent, die man übrigens sogar mit 25 Prozent hatte festsetzen wollen, ursprünglich Widerstand leisteten. Es gab ein ewiges Hin und Her zwischen dem Quai d'Orsay und dem Hotel Grillon, wo Lloyd George weilte. Von 2—4 Uhr fand eine eingehende Aussprache zwischen Briand und Lloyd George statt. Um 4 Uhr 15 Min. nahm man die Sitzungen des Finanzausschusses wieder auf und beendete diese erst um 8 Uhr abends. In der Zwischenzeit hatte Loucheur eine eingehende Unterredung mit Lloyd George, bei der es ihm gelang, diesen für den französischen Standpunkt zu gewinnen. Briand erklärte französischen Pressevertretern, daß alle Nachrichten, daß zwischen ihm und Millerand ein Gegensatz bestünde, durchaus unbegründet seien. Briand verwies energisch darauf, er habe nie erklärt, daß, wenn er die Abmachungen von Boulogne gekannt hätte, er die Ministerpräsidentschaft nicht übernommen hätte. Im Gegenteil, er habe gesagt, daß er die Bestimmungen des Abkommens von Boulogne als eine der Grundlagen für die Unterredung mit den Verbündeten ansehe.

In Unterredungen, die Briand um 12 Uhr nachts mit Zeitungsvertretern hatte, führte er aus: „Wir sind zu voller Uebereinstimmung in allen Punkten gelangt. Es fehlt nur noch die amtliche Zustimmung der Konferenz, aber da alle grundsätzliche Bestimmungen von Lloyd George und dem Grafen Sforza bereits gebilligt wurden, so glaube ich damit rechnen zu können, daß unsere Entscheidungen am Sonnabendvormittag ratifiziert werden. Um 11 Uhr findet heute die Vollsitzung des Obersten Rates statt, die wohl den gestern getroffenen Abkommen ihre Zustimmung geben wird."

Politische Umschau

:: **Unabhängige und kommunistische Führer.** Gerade auf Seiten der Kommunisten und Unabhängigen pflegt man sich als Vertreter der Arbeiterschaft aufzuspielen. Sieht man sich gegenüber diesem Gebahren die Männer dieser Parteien an, die in den Parlamenten so häufig das große Wort von ihrer Führerrolle in der Arbeiterschaft zu gebauchen pflegen, so kann man eine eigenartige Entdeckung machen. Da sind u. a. zu nennen: der Fabrikant Geyer, Redakteur Dr. Geyer, der jüdische Redakteur Dr. Hertz, der jüdische Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, der Schriftsteller Lipinski, der jüdische Dozent Dr. Löwenstein, der jüdische Rechtsanwalt Dr. Levy der jüdische Arzt Dr. Moses, der jüdische Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, die jüdische Schriftstellerin Semmler, die jüdische Schriftstellerin Wurm und um das Dutzend voll zu machen der jüdische Rechtsanwalt Dr. Cohn, der es lediglich einem Formenfehler zuzuschreiben hat, daß er nicht auch ins Reichsparlament einziehen konnte. Das sind also alles Leute, die nach einem Ausspruch Dr. Heims keinen, oder gar kaum einen Begriff von Arbeit und Arbeitswerk haben. Was saat die von diesen Parlamentariern vertretene Arbeiterschaft zu solchen Vertretern?

:: **Der Reichsarbeitsminister und die Linke.** Allen Recht zu machen, ist bekanntlich eine Kunst, die niemand kann. In der Politik kann man das aber häufig erleben, daß diejenigen, denen angeblich etwas nicht zu Recht geschehen ist, sich mit den fraglichen Dingen nur recht oberflächlich beschäftigt haben. So konnte man kürzlich in zwei linksgerichteten Blättern zwei einander widersprechende Beurteilung des Reichsarbeitsministers vernehmen. Die Berliner „Morgenpost" nennt den Arbeitsminister einen Minister gegen die Arbeit, weil er sich nämlich gegen das Ueberhandnehmen von sogenannten Nebenarbeiten gewandt hat. Die „Freiheit" dagegen sieht in den Maßnahmen des Reichsarbeitsministers eine Bedrohung des Achtstundentages und ruft ihre Scharen zur Entrüstung dagegen auf.

Wir sehen also, wie schwer es ist, allen recht zu machen, empfehlen im übrigen aber den Herren von der Linken, künftig sich die Dinge genauer anzusehen, ehe sie darüber in Entrüstung ausflammt.

„ **Die Reichswochenhilfe** betreffend haben sämtliche Parteien des Reichstages einen Antrag eingebracht, der die Vorlegung eines Gesetzentwurfes verlangt, welcher eine der Geldentwertung entsprechende Erhöhung der Wöchnerinnenbeihilfen vorsieht.

„ **Die gesetzliche Regelung der Hausangestelltenfrage** befindet sich, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, in Vorbereitung. Der Gesetzentwurf ist bereits so weit gediehen, daß er in absehbarer Zeit fertig gestellt sein wird.

„ **Zur Parlamentsreform.** In Uebereinstimmung mit den übrigen Regierungsparteien liegt von Seiten der Demokraten ein Antrag vor, der ein Gesetz betreffend die Geschäftsordnung des Reichstages verlangt. Zunächst wird darin der Aeltestenrat, der aus 28 Mitgliedern gebildet wird, befugt, dem Präsidenten bei der Führung der Geschäfte zu unterstützen und selbst die ihm durch Gesetz und die Geschäftsordnung zugewiesenen Entscheidungen zu treffen. Auch soll die Möglichkeit gegeben sein, daß Gesetze und auch andere Eingänge, die nicht von besonderer Bedeutung sind, von einem Ausschuß des Reichstages beschlossen werden können. Für den Haushaltsplan ist der 3. Januar jedes Jahres als Termin für die Vorlage beim Reichstage festgesetzt. Ist er bis zum 15 März nicht erledigt, so können die fraglichen Teile ohne weiteres durch Abstimmung erledigt werden

Sozialpolitischer Reichstagsausschuß.

Keine Invalidenmarken zum früheren Preis.

Berlin, 28. Jan. Invalidenmarken, Erwerbslosenfürsorge und Wochenhilfsgesetz waren Gegenstand der Beratungen des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages. In einer Reihe von Petitionen wird die Abgabe der Invalidenmarken zum früheren halben Preis zwecks Nachtlebens verlangt. Der Ausschuß ging über die Petitionen hinweg zur Tagesordnung über, da eine Möglichkeit zur Nachkontrolle nicht besteht. Einig war sich der Ausschuß in der Frage der Erhöhung der Leistungen für die Wochenhilfe. Die Regierung wird ersucht, alsbald eine entsprechende Vorlage vorzulegen.

Abbau des Steuerabzuges.

Ersatz durch eine Lohn- und Gehaltssteuer.

Berlin, 30. Jan. Parteien und Reichsregierung sind, wie bereits gemeldet, dahin übereingekommen, daß der Steuerabzug durch eine Lohn- bezw. Gehaltssteuer ersetzt werden soll. Der Steuerabzug werde so gestaltet werden, daß er die ganze Steuerschuld deckt. Reichsfinanzminister Wirth hat dem Steuerausschuß in einer Denkschrift die Vorschläge der Regierung unterbreitet. Bei Einkommen bis zum 20 000 Mark jährlich soll einheitlich eine Lohnsteuer von 10 Prozent erhoben werden. Eine besondere Veranlagung erfolgt in diesem Falle nicht. Der bisherige steuerfreie Einkommensteil wird ersetzt durch Abzug von der Steuer; für jede auf das Einkommen des Steuerzahlers angewiesene Person dürfen von der Steuer 120 und 60 Mark abgezogen werden Alle Einkommen über 20 000 Mark unterliegen der Veranlagung, aber auch bei ihnen wird für die ersten 20 000 Mark nur der Steuersatz von 10 Prozent erhoben. Für die überschießenden Einkommensbeträge steigt der Steuersatz rasch an, und zwar beträgt er bei den weiteren 2000 M. steuerbarem Einkommen 20 Prozent, bei den nächsten 2000 Mark 22 Prozent, bei den nächsten 2000 Mark 24 Prozent, bei den nächsten 2000 Mark 27 Prozent, bei den nächsten 2000 Mark 30 Prozent, bei den nächsten 10 000 Mark 35 Prozent, bei den nächsten 20 000 Mark 40 Prozent, bei den nächsten 20 000 Mark 45 Prozent, bei den nächsten 20 000 Mark 50 Prozent, bei den nächsten 100 000 Mark 55 Prozent, für die weiteren Beträge 60 Prozent. Stimmt der Reichstag diesen Grundsätzen des Finanzministers zu, so würden bei den niederen Einkommen, besonders, wenn der Steuerzahler eine große Familie zu ernähren hat, eine wesentliche Ermäßigung der bestehenden Steuersätze eintreten und erst bei Einkommen von etwa 80 000 Mark jährlich würde dieser neue Tarif ebenso wirken wie das geltende Gesetz.

Die Erhöhung der Fernsprechgebühren.

Berlin, 28. Jan. Die Vorlage auf Erhöhung der Fernsprechgebühren kann dem Reichstag erst im März zugehen. Soweit Anträge der beteiligten Aemter vorliegen, zu denen der Reichspostminister Giesberts noch keine Stellung genommen hat, ist mit einer 100prozentigen Erhöhung der Gebühren für Apparat- und Fernsprechvermittlung unter allen Umständen zu rechnen.

Die Ankunft von Heimkehrern aus dem Osten.

Berlin, 28. Jan. Gestern trafen in zwei Transporten mit Sonderzügen 700 Gefangene aus verschiedenen sibirischen Lagern nach teilweiser 6jähriger Abwesenheit in Hamburg ein. Die Heimkehrenden machten durchweg einen frischen Eindruck. Gleichzeitig trafen gestern von Grimbergen kommend mit dem Dampfer Mark Lebone 80 Gefangene aus Turkestan ein, die sich unter den abenteuerlichsten Strapazen und Entbehrungen über Persien und Afghanistan zu Fuß nach Indien durchgeschlagen hatten, von wo sie mit einem englischen Dampfer in die Heimat abtransportiert wurden.

Ein englisches Luftschiff abgetrieben.

London, 29. Jan. Das große englische Luftschiff B 33, das im vorigen Jahre noch den Atlantischen Ozean überflogen hat, ist gestern bei der Landung schwer beschädigt worden. Später wurde es vom Winde nach dem Meere abgetrieben. An Bord des Schiffes befinden sich 40 Personen. Zwei Torpedokreuzer sind dem Luftschiffe nachgefahren, um ihm Hilfe zu leisten. Näheres ist noch nicht bekannt.

England räumt Mesopotamien

Das britische Kriegsamt veröffentlicht einen Bericht über die Lage in Mesopotamien. Danach hat die Räumung Mesopotamiens durch die britischen Truppen bereits begonnen. Man hofft, bis März die Räumung beendigen zu können. Nur eine kleine Besatzung wird im Lande zurückbleiben.

Massenkundgebung des westfälischen Handwerks.

Herford, 26. Jan. Zu einer eindrucksvollen Kundgebung des westfälischen Handwerks gestaltete sich eine von 2500 Handwerksmeistern aus Westfalen besuchte Versammlung, die vom westfälisch-lippischen Handwerkerbund nach dem hiesigen Schützenhofe einberufen war, um Stellung zu den bevorstehenden Landtagswahlen zu nehmen. Der Geschäftsführer der nordwestdeutschen Handwerkerbundes, Dr. Vogel-Hannover, sprach in zweistündiger Rede über das Handwerk im neuen Deutschland, seine Bedeutung und Berechtigung in den gesetzgebenden Körperschaften. Der Redner forderte größere Berücksichtigung des Handwerks als bisher in Gesetzgebung und Verwaltung, sowie seitens der politischen Parteien die Aufstellung der Kandidaten für die kommunalen, Provinz-, Staats- und Reichsvertretungen. Das Handwerk verlange Gleichberechtigung neben Industrie und Landwirtschaft als einer der drei Strebepfeiler unserer Wirtschaft. Der Kommunalisierungsgesetzentwurf bedeutete das Todesurteil für eine Million Handwerkerbetriebe. — Als Redner der nun einzeln auftretenden politischen Parteien sprach an erster Stelle der unbedingt sichere Zentrums-Handwerkerkandidat auf der Landtagswahlliste für Westfalen-Nord, Herr Köthenbürger-Paderborn. Redner führte sich als alter Handwerksmann bei der Versammlung ein. Er habe von Jugend auf im Handwerk gearbeitet und kenne seine Sorgen und Nöte. Auch stehe er augenblicklich in der Bewegung gegen die Sozialisierung. „Wir müssen wieder lernen", so fuhr der Redner fort, „den alten, echten Gemeinschaftsgeist zu betätigen; es ist noch lange nicht genug getan, wenn man in seiner Organisation seine Beiträge bezahlt und es damit genug sein lassen will. Es ist meine Ueberzeugung, daß mit vollständiger Sozialisierung jeder Idealismus zugrunde geht und schließlich jedes organische Staatswesen. Wir haben heute nicht den großen Mann, der alles aushalten und die ganze Last der Arbeit bewältigen könnte. Daher müssen wir uns fest zusammenschließen und zusammenarbeiten zum Segen und zur Rettung unseres deutschen Handwerks". Nach den mit lautem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Zentrumsredners traten nacheinander Redner der übrigen drei bürgerlichen Partien auf den Plan, und zwar die Herren Lieneweg-Werther (Dn.), Wurm-Lüdscheid (D. Vp.) und Kriege-Bielefeld (D. D. P.). Sodann sprach der Geschäftsführer des Westfälisch-Lippischen Handwerkerbundes, Bökenkamp-Bielefeld. Seine Darlegungen gipfelten in einer Entschließung, in welcher die Mitglieder des Bundes aufgefordert wurden, nur solchen Parteien ihre Stimme zu geben, die die vom Westf.-Lipp. Handwerkerbunde präsentierten Kandidaten an sicherer Stelle aufgestellt haben. (Im Wahlkreise Westfalen-Süd (Arnsberg) steht bekanntlich der Malermeister Altegoer-Bochum an sicherer Stelle der Zentrumsliste). In einer zweiten Resolution, die Herr Berkermann nach einer kurzen, packenden Rede verlas, erhebt der Bund feierlichen Einspruch dagegen, die kleinen selbständigen Betriebe der Gemeinwirtschaft zuzuführen und so die Einzelexistenzen zu vernichten. Besonders hart empfunden wird die vollständige Kommunalisierung der Nahrungs- und Genußmittel. Nach einem begeisterten Hoch auf das deutsche Handwerk schloß die imposante Kundgebung.

Beschwerden

über unregelmäßige **Zustellung** der „Münsterländischen Volkszeitung" wolle man sofort unserer **Geschäftsstelle Bahnhofstr. 2, Telefon 352 zustellen. Hierbei ist stets Name, Straße und Hausnummer anzugeben. Wir machen unsere Abonnenten, welche die Zeitung durch die Post beziehen, besonders darauf aufmerksam, daß die Postbriefträger verpflichtet sind, die Zeitungen bereits morgens zu bestellen. Es muß somit z. B. die Samstagsnummer bis Samstag mittag, die Montagsnummer bis Montag mittag spätestens im Besitze unserer Leser sein.**

Die Geschäftsstelle.

Aus Stadt und Amt.

♂ **Rheine,** den 31. Januar 1921

ff. **Städtisches Lebensmittelamt.** In dieser Woche **Verkauf** v
1. Keks, pro Kopf der Haushaltungen 2 Päketchen zum P
von 1,80 *M* pro Päckchen und
2. gleichzeitig Abgabe von prima **Smalz,** in beliebigen M
gen zum Preise von 14,50 *M* pro Pfund,

am Mittwochvormittag von:
9 bis 10 Uhr an die Bewohner des Bezirks 2,
10 bis 11 Uhr an die Bewohner des Bezirks 3,
11 bis 12 Uhr an die Bewohner des Bezirks 4,

am Mittwochnachmittag von:
3 bis 4 Uhr an die Bewohner des Bezirks 5,
4 bis 5 Uhr an die Bewohner des Bezirks 6,
5 bis 6 Uhr an die Bewohner des Bezirks 1.

3. Zwiebäcke oder Keks oder Auslandsweizenmehl an Kinder bis zu 2 Jahren und Haferflocken oder Keks an über 70 Jahre alte Personen und Kranke,

am Donnerstagvormittag von:
9 bis 10 Uhr an die Bewohner des Bezirks 2,
10 bis 11 Uhr an die Bewohner des Bezirks 3,
11 bis 12 Uhr an die Bewohner des Bezirks 4,

am Donnerstagnachmittag von:
3 bis 4 Uhr an die Bewohner des Bezirks 5,
4 bis 5 Uhr an die Bewohner des Bezirks 6,
5 bis 6 Uhr an die Bewohner des Bezirks 1.

Zu allen Verkäufen müssen die Ausweiskarten mitgebracht und bei Entnahme von Zwiebäcken müssen Brotmarken abgegeben werden.

⊙ **Turnklub Westfalia.** Wir machen darauf aufmerksam, daß die Versammlung des Turnklubs Westfalia pünktlich heute abend 8½ Uhr im Lokale des Herrn Beesten beginnt.

m. **Die kath. Schulorganisation** ladet für Dienstag nachmittag 5½ Uhr im kleinen Saale des Gesellenvereins zu einer Aussprache über aktuelle Fragen aus dem Schulleben ein. Es sind 2 Referate vorgesehen; das erste wird die Neuordnung des Schulwesens durch die Gesetzgebung und Ministerialerlasse im verflossenen Jahre behandeln, in dem 2. sollen Richtlinien über die Aufgaben der Elternbeiräte aufgestellt werden. Beide Referate werden zu einem regen Gedankenaustausch Anlaß bieten. Darum werden die Mitglieder der Schulorganisation, die Lehrer und Lehrerinnen sowie auch die Mitglieder der Elternbeiräte in der Stadt- und Landgemeinde zur Teilnahme an der Versammlung freundlichst eingeladen.

✶ **Ungültige Reichsbanknoten.** Die Reichsbanknoten zu 50 *M* vom 30. November 1918 sind von der Reichsbank aufgerufen worden. Die Besitzer werden aufgefordert, diese Noten bis zum 31. Januar 1921 bei einer Dienststelle der Reichsbank in Zahlung zu geben oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umzutauschen. Mit dem 31. Januar 1921 verliert die Note ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Es empfiehlt sich deshalb, schleunigst alle 50-Mark-Noten dieser Ausgabe bei einer Reichsbankanstalt, öffentlichen Kassen, Bank, Sparkasse oder Geldinstitut in Zahlung zu geben oder umzutauschen Nach dem 31. Januar 1921 erfolgt die Einlösung nur noch bei der Reichsbankhauptkasse in Berlin, aber auch nur bis zum 31. Juli 1921.

ff. **Weg mit dem Hallo-Ruf!** Manche Fernsprechteilnehmer pflegen, wenn man sie anruft, bei der Meldung nicht gleich mit ihrem vollen Namen hervorzutreten, sondern zunächst ihr Amt und ihre Anschlußnummer zu nennen. Der Anrufende weiß dann nicht immer genau, ob er mit dem richtigen Teilnehmer spricht, oder ob er dem Amt eine falsche Nummer genannt oder das Amt ihn unrichtig verbunden hat. Nun ist es, je länger je mehr, unter den Teilnehmern jedoch auch Uebung geworden, wenn sie angerufen werden, mit einem „Halloh" zu antworten. Früher hat man in Deutschland diese Meldeform nicht gekannt. Sie ist nämlich von Jahr und Tag in Amerika aufgekommen. Als der Deutsche sie dann dort kennen lernte, imponierte sie ihm augenscheinlich, denn er fühlte sich bewogen, sie schleunigst auch in der Heimat einzuführen. Hier hat sie dann auch weiter rasche Verbreitung gefunden. Jeder, der von der Masse der übrigen Teilnehmer etwas abstechen will, antwortet, wenn er angerufen wird, mit „Halloh". Denn etwas anderes steckt hinter diesem Verfahren nicht. In Wirklichkeit läuft es lediglich auf Zeitverschwendung hinaus, weil der Anrufende, wenn man sich ihm gegenüber mit „Halloh" meldet, damit zunächst nichts anfangen kann, vielmehr erst wieder fragen muß, mit wem er denn die Ehre habe verbunden zu sein. Da Zeit Geld kostet, ist den großen Telephongesellschaften in den Vereinigten Staaten, die dort den Fernsprechbetrieb in den Händen haben, der Halloh-Ruf schon langem zum Aergernis geworden, so daß sie sich für eine Ausmerzung des „Halloh" energisch ins Zeug gelegt haben. In den amerikanischen Telephonbüchern befindet sich deshalb der ausdrückliche Hinweis, daß bei Beantwortung der Anrufe der eigene Name oder der Name der eigenen Firma zu nennen sei, soweit dem Teilnehmer nicht u. U. die Nennung der Anschlußnummer beliebt. Wir möchten auch den deutschen Teilnehmern die Befolgung desselben Rezeptes warm empfehlen, weil bei dem Umfang, den der „Halloh"-Ruf in Deutschland angenommen hat, jedes entbehrliche Wort, um das die Gespräche gekürzt werden, den Betrieb in den außerordentlich in Anspruch genommenen Verbindungsleitungen der Ortsämter entlastet und dies den Teilnehmern selbst wieder zugute kommt.

Für immer vereint.

Roman von Doris Freiin v. Spättgen. 44

Am merkwürdigsten verhielt sich Vivian; sie erklärte plötzlich mit aller Bestimmtheit, daß sie dem jungen Grafen Rippach, für den sie ein aufrichtiges Interesse und ein Gefühl großer Hochachtung hege, das Jawort gegeben habe, und auch halten wollte. Die Art ihrer Aeußerung ließ auf eine felsenfeste Ueberzeugung schließen, sodaß die Mutter es gar nicht unternahm, ihre Tochter irgendwie zu beeinflussen. Damit ins Vertrauen zu ziehen, schien ihr mit Rücksicht auf Dominikus erst recht nicht erwünscht.

Und bereits wenige Tage nach Vivians Rückkehr ins Elternhaus reisten die beiden Damen nach Wien, wo Dominikus Rippach ihrer harrte.

Um jedes Aufsehen zu vermeiden, hatte man vereinbart, die Verlobung ganz im Stillen und auch in einem fremden Orte zu begehen.

Dominikus wahrhaft ritterliche Art, seine wohltuende Zurückhaltung und das ihm eigene Taktgefühl, gaben Vivian bald die eigene Ruhe und Festigkeit zurück.

War sie doch wirklich entschlossen, ihn nach besten Kräften glücklich zu machen! Und auch Gräfin Retzow nahm schließlich die Ueberzeugung mit nach Haus, daß gerade in der von Dominikus gezeigten Offenheit und Aufrichtigkeit, in der Klarheit, mit der er schrieb und handelte, die Garantie für den gesunden Kern seines Charakters und damit auch für die Zukunft ihrer Tochter läge. Auch seinen Entschluß, noch einmal ein Sanatorium zu besuchen, vermochte sie nur zu billigen.

Seit dieser Zeit waren ziemlich sieben Wochen vergangen und nach den letzten Briefen des jungen Verlobten — und er schrieb täglich an seine Braut — durfte man sicher sein, daß er binnen kurzem in Braunshausen eintreffen würde.

Da Gräfin Amalie noch immer im Süden weilte, so stand das alte Braunshausener Schloß abermals leer.

Nach des Sohnes plötzlicher Verlobung hatte die Gräfin ein langes, sehr herzlich gehaltenes Schreiben an Vivian gerichtet, in dem sie ihr in den überschwenglichsten Worten dankte, und von mütterlicher Zuneigung förmlich überfloß Sie schloß mit den treuesten Segenswünschen für die Zukunft.

Demungeachtet blieb etwas Fremdes, Unausgesprochenes, wie eine Kluft zwischen der Mutter und der Braut ihres Sohnes, und all die vielen, einschmeichelnden Worte, die sie fand, konnten in Vivian doch nicht den Gedanken an das Vergangene, an die Schuld dieser Frau ihrem Sohne gegenüber unterdrücken.

Auch die Brautgeschenke, unter denen sich ein Perlenkollier von bedeutendem Werte befand, riefen in Vivians Herzen mehr ein Gefühl der Angst als der Freude wach. Widerstreitende Empfindungen stürmten auf sie ein.

„Du hast Dich ihm doch nicht mit vollem ungeteiltem Herzen zu eigen gegeben — Du hast Dich verkauft!" so klangen die Stimmen in ihrer Brust.

Niemals, weder mündlich vorher, noch jetzt in ihren kleinen kurzen Briefen, hatte sie zu Dominikus über Leonberg gesprochen.

Flüchtig wie ein Hauch, wie ein Gedanke, wie Rosenduft war dieser sonderbare, wache Traum verflogen!

Vorüber — vorüber! —

Allein gerade in diesen Wochen offenbarte sich Vivians Charakterstärke.

Sie durfte nicht, also wollte sie auch nicht mehr an jenen Anderen denken!

Zuweilen kam es ihr vor, als klänge schon ein verstärktes Mißtrauen, eine Anwandlung von Eifersucht aus Dominikus Briefen, als schrieb er Worte, die keinen eigentlichen Sinn für sie hatten. Würde sich das später, wenn er heimgekehrt war, wohl klären? Oft bangte ihr namenlos vor diesem Wiedersehen.

Vivians blühende Farben traten sichtbar zurück, die Rundung ihrer Wangen schwand täglich mehr, und nur mit innerem Widerstreben begleitete sie ihre jüngeren Geschwister auf Spaziergängen in die nach Braunshausen zu gelegene Gegend hinaus.

Von Leonberg war um diese Zeit in Grünau nur selten die Rede. Aber sie konnte nicht umhin, darüber nachzugrübeln, ob er jenes Mädchen mit den sonderbaren kalten Augen auch wirklich liebte oder ob ihn nur rein äußerliche Beweggründe zu der Verbindung mit ihr drängten.

Da löste eine überraschende Kunde alle quälenden Zweifel. Ein Brief aus X . . . war für sie eingetroffen.

Schreck, Schmerz und doch wieder freudige Genugtuung kämpften in Vivians Innerem um die Oberhand, als sie ihn gelesen hatte.

Welche Motive mochten wohl die fremde Briefschreiberin leiten, ihr diesen Brief zu schreiben: „Verehrte Komtesse! Anknüpfend an die Bekanntgabe meiner Verlobung mit Professor von Leonberg bei Frau Geheimrat Winter habe ich Ihnen heute die Mitteilung zu machen, daß jenes Band inzwischen wieder gelöst worden ist. Ich selbst tat es — ich, deren schönste Jugenderinnerungen mit diesem Manne verwachsen sind, die zu ihm emporgeschaut, wie zu einem Heiligen, ich habe ihm die Tür gewiesen! Winfried Leonberg ist ein Elender, der mich betrog, der meine Vertrauensseligkeit mißbrauchte und auch andere leichtgläubige Frauen äffgarnte. Exzellenz von Krain, die kürzlich verstorbene Gattin des alten Generals, gehört zu seinen Opfern. Sie ist darüber zu Grunde gegangen. Aber ich weiß deren noch mehr! Endlich gelang es einer, sich dem alten Rattenfängergauber zu entziehen. Diese eine bin ich. Ich habe mich rechtzeitig von diesem gefährlichen Einfluß frei gemacht: ich habe ihn durchschaut! In ganz X. ist heute die öffentliche Meinung umgeschlagen, sie ist gegen ihn, den einst Bewunderten, Vielbegehrten! Seine Rolle dort ist ausgespielt. Wer glaubt, wer vertraut heute noch einem Leonberg? Mir selbst ist das Leben in der Residenz verleidet. Ich begebe mich jetzt nach der Auflösung meines Verlöbnisses zu einem entfernten Verwandten, einem Nervenarzt, dem kürzlich die Gattin starb, um die Leitung seines Hauswesens zu übernehmen. Ich werde in der Arbeit Trost und Entschädigung suchen. Sie, verehrte Komtesse, werden meine große Offenheit sicher entschuldigen. Ihnen gegenüber lag mir daran, mich zu rechtfertigen. Mit vorzüglichster Hochachtung Ihre ganz ergebene Bianka Behring."

Dieses merkwürdige Schreiben hatte Vivian anfangs in große Erregung versetzt; all die mühsam aufrecht erhaltenen Willenskräfte schwankten erschüttert. Ihr reines Gemüt vermochte nicht zu fassen, daß ein Mädchen, das liebt, oder geliebt hat, daß überhaupt ein gebildeter Mensch seiner Erbitterung soweit die Zügel schießen ließ. Das dünkte ihr häßlich, brutal!

...innung vereinigter Handwerker hat für heute abend ...t eine außerordentliche Versammlung anberaumt, zu ...imtliche Mitglieder erscheinen müssen; auch die Gehülfen sind ...ieser Versammlung eingeladen. Die Tagesordnung ist aus dem ...nceilteil dieser Zeitung ersichtlich.

...Wie wir dem „Münst. Anz." vom 29. d. M. entnehmen, kam ...Versammlung der Gesamtvertretung der Zentrumspartei der ...t Münster am 28. d. M. auch die Stellung des Zentrums zum ...ten-Altersgrenzengesetz zur Sprache. Es sei eine gewisse Er...ung in den Kreisen der Beamtenschaft entstanden, weil man der ...nsicht sei, daß das Zentrum seine Zustimmung zu dem Gesetze, wo...ach Beamten im 65. bezw. 68. Lebensjahre zum 1. April d. J. ver...bschiedet werden müssen, gegeben habe. Die Abgeordneten Präsident Schmedding und Dr. Reineke legten eingehend dar, daß gerade das Zentrum im Verein mit anderen Parteien dieses Gesetz aufs äußerste bekämpft habe. Dr. Reineke hob hervor, er habe selbst für das Zentrum die Rede gegen das Gesetz gehalten. Es sei deshalb unbegreiflich, wie man das Zentrum für dieses Gesetz verantwortlich machen könne! Bei der Abstimmung sei das Zentrum und die andern unterstützenden Parteien der Majorität, die aus Sozialdemokraten und Demokraten gebildet wurde, unterlegen gewesen. Schließlich habe das Zentrum eine Anzahl Vermittelungsvorschläge eingebracht, um wenigstens die allzu großen Härten abzuschwächen, so die Heraufsetzung der Altersgrenze auf 68 bezw. 70 Jahre und nach Ablehnung auch dieses Antrages die Anwendung der erhöhten Altersgrenze für die nächsten 2 Jahre. Endlich habe das Zentrum auch für den Antrag gestimmt, das Gesetz erst am 1. Okt. d. J. in Kraft treten zu lassen. Sozialdemokraten und Demokraten hätten sich von Anfang an auf das Gesetz festgelegt, und, da sie die Majorität sei das Schicksal von Anfang an entschieden gewesen. — Wir bringen hiermit die Stellung des Zentrums zum Gesetze, zur Aufklärung in der Oeffentlichkeit!

× **Verschleppte Mädchen.** Innerhalb eines Jahres sind in Deutschland 3600 Mädchen und Frauen kurios verschwunden. Ein Teil von ihnen ist zweifellos Mädchenhändlern zum Opfer gefallen. Sie treiben auch besonders im Industriebezirk ihr freches Spiel. Wie amtlich festgestellt wurde, werden bis 4000 Mark für die Verkuppelung von Mädchen gezahlt. Der größten Gefahr sind die Mädchen ausgesetzt, die, meist aus dem Osten oder aus Bayern kommend, hier fremd sind, unter Vorspiegelungen ihrer Mittel beraubt und dann die Beute gewissenloser Verführer werden. Ueber einen solchen Fall wird aus Bochum berichtet. Am 24. Januar ist ein von auswärts zugereistes Mädchen am dortigen Hauptbahnhof von einem etwa 27 Jahre alten Manne unter falschen Vorspiegelungen nach Langendreer gelockt und an einen einsamen Ort geführt worden. Da ein beabsichtigtes Verbrechen nicht zur Ausführung gebracht werden konnte, ist der Täter unter der Angabe, daß er Kriminalbeamter sei und den Koffer beschlagnahmen müsse, mit den Kleidungsstücken des Mädchens verschwunden. Alleinstehenden jungen Mädchen sei also größte Vorsicht gegen Fremde dringend empfohlen. Am sichersten für sie ist es, wenn sie die fast auf allen Bahnhöfen eingerichteten Bahnhofsmissionen in Anspruch nehmen.

⊙ **Einheitliche Schulferien für ganz Deutschland.** Im Reichsschulausschuß, dem die Vertreter der Unterrichtsverwaltungen der einzelnen Länder angehören, erwägt man zurzeit die Einführung einheitlicher Schulferien in ganz Deutschland. Wegen des Widerstandes der Bayern ist man bisher noch zu keinem Entschluß gekommen.

Provinznachrichten.

)(**Neuenkirchen,** 29. Jan. Vor etwa drei Wochen ist der Frau Witwe von Bischopink in Duisburg, Falkstr. 54, ihre 13jährige Tochter Gerta entführt worden. In der vergangenen Woche wurde das fragliche Kind in Nordhorn seitens einer Zigeunerfrau zum Kauf angeboten. Als die von einem Bauern durch Eilbrief benachrichtigte Mutter eintraf, war der Zigeunerwagen bereits weitergefahren. Die an Hand einer Photographie und sonst an Ort und Stelle bei den Bewohnern Nordhorns angestellten Ermittlungen haben zweifellos ergeben, daß das zum Kauf angebotene Kind, das Kind Bischovinks war. Das Kind selbst hat in einem unbewachten Augenblick einem Bauersmann erzählt, es sei vor 14 Tagen aus Duisburg entführt worden und habe heute zum ersten Mal den Wagen verlassen dürfen. Die Zigeunerin, die das Kind zum Kauf anbot, hatte eine heiserne Stimme und ein Muttermal oder Narbe auf einer Halsseite. Die seitens der Mutter mittels eines Autos sofort weiter angestellten Ermittelungen ergaben, daß das Kind weiter in Wettringen gesehen worden ist; dagegen nicht mehr in Schöppingen, wo die Zigeunerwagen polizeilich durchsucht wurden. Hier soll die Zigeunerfrau mit der heisren Stimme und der Narbe an der Halsseite ermittelt worden sein; sie wurde aber leider nicht festgehalten. Während das Zigeunerweib in Nordhorn zwei Kinder mit Namen Mathilde und Gerta bei sich führte, wurde in Schöppingen das Kind Mathilde noch vorgefunden, dagegen nicht das fragliche Kin Gerta.

Neueste Nachrichten.

Die weiteren Verhandlungen mit den Deutschen.

Paris, 29. Jan. Wie die Abendpresse mitteilt, wird die Sachverständigen-Konferenz in Brüssel am 7. Februar zusammentreten. Ihre Beratungen sollen bis zum 20. Februar beendet sein. Die Konferenz der Alliierten mit den Vertretern der deutschen Regierung ist auf den 28. Februar festgesetzt worden.

Abreise Lloyd Georges von Paris.

WTB. **Paris,** 31. Jan. (Drahtbericht.) Lloyd George hat bereits gestern vormittag London verlassen. Im Verlaufe des gestrigen Tages haben bei verschiedenen russischen Kommunisten, die in Paris ihre Wohnungen haben, Haussuchungen stattgefunden. Der Hauptangeschuldigte in nach dem „Temps" ein gewisser Abraham Moritz, der sich auch Dr. Zelewski nennt. Er wurde in Nizza verhaftet.

Der Schluß der Konferenz.

WTB. **Paris,** 31. Jan. (Drahtbericht.) Die Konferenz ist gestern vor 6 Uhr geschlossen worden. Nach einer Meldung der Havas-Agentur ist auch das Protokoll über die Abmachungen in der Reparationsfrage um 5 Uhr unterzeichnet worden. Die Beschlüsse sollten gestern der deutschen Regierung ratifiziert werden, und dann heute mit dem Begleitschreiben an die deutsche Regierung veröffentlicht werden. Die bereits gemeldeten Sanktionen, die in der Entwaffnungsfrage vorgesehen sind, sollen auch für die Reparationsfragen gelten. Nach einem Spezialbericht der Havasagentur ist das Abkommen über die Entwaffnung um 4 Uhr unterbreitet worden. Barthou habe beim Verlassen des Sitzungssaales erklärt, die Entwaffnungsfrage sei zur gemeinsamen Befriedigung der Alliierten und im Interesse der gemeinsamen Sicherheit ihrer Länder geregelt worden

WTB. **Paris,** 31. Jan. (Drahtbericht.) Der offizielle Mitarbeiter der Havasagentur sagt, daß im Laufe des vorgestrigen Abends die folgenden Beschlüsse mitgeteilt wurden: Hinsichtlich der Entwaffnung werde der Bericht des Marschalls Foch etwas abgeändert werden. Deutschland muß nach und nach seine Gesetzgebung der im Friedensvertrage geforderten anpassen, die überzähligen Offiziere bis zum 28. Februar entlassen, die Bürgerwehren vor dem 30. 6. auflösen, seine Reserveschiffe bis zum 30. 4. entwaffnen, die im Bau befindlichen Kriegsschiffe sowie alle U-Boote vor dem 30. 7. zerstören, die im Jahre 1919 zerstörten Zeppeline ersetzen, ferner verzichten, eine Luftpolizei zu bilden. Die Abkommen der Alliierten betreffend die Wiedergutmachung werden der Wiedergutmachungskommission mitgeteilt werden, die in Deutschland die Ausführung überwachen wird. Deutschland wird den Alliierten entsprechend den auf sie entfallenden Anteilen Gutscheine für die Jahreszahlungen geben. Die beschlossenen Maßregeln bestehen vor allem in der Besetzung neuer Gebiete, Verlängerung der Besetzung der Rheinlande und Ausschluß Deutschlands aus dem Völkerbund. Die Prämie von 2 Goldmark für die eTonne guter Kohle soll es auch weiterhin erhalten.

Unmöglich.

WTB. **Paris,** 31. Jan. (Drahtbericht.) Nach einer Radiomeldung aus Newyork soll der amerikanische Finanzmann Vanderbilt erklärt haben: Unmöglich kann Deutschland die verlangte Summe zahlen. Die Höchstsumme, die Deutschland zahlen kann, werde 3 Milliarden nicht übersteigen. Er setzt voraus, daß Deutschland sich weigern wird, die Beschlüsse der Konferenz anzunehmen.

Eine Sitzung des Obersten Rates.

TU. **Paris,** 31. Jan. (Drahtbericht.) Am 28. Februar wird in London eine neue Konferenz des Obersten Rates zur Regelung der Orientfrage stattfinden. Gleichzeitig wird dabei die Frage der Wiedergutmachung auf grund der Arbeiten der Sachverständigen wieder aufgenommen werden, die am 7. Februar ihre Arbeiten in Brüssel aufnehmen soll.

Bis Deutschland nicht mehr kann!

TU. **Basel,** 31. Jan. (Drahtbericht.) Eine Privatmeldung des Pariser Korrespondenten der Baseler „Nationalzeitung" besagt, daß Lloyd George Pariser Journalisten gegenüber geäußert haben soll, man müsse es Deutschland sagen: „Nun zeigt, was ihr könnt! Ergeben sich dann Unmöglichkeiten, so sind wir bereit, die abzuändern."

Keine Ratifizierung der Strafbestimmung.

TU. **Paris,** 31. Jan. (Drahtbericht.) In der nichtoffiziellen Mitteilung über einen Umänderungsbeschluß wird ausgeführt, daß auf reiner Höflichkeit die beschlossenen Strafbestimmungen Deutschland nicht ratifizieren werde. Deutschlands Vertreter werden zu einer neuen Konferenz nach London eingeladen werden.

Vereinskalender.

Turnabteilung des kath. Arbeitervereins. Mittwoch, den 2. Februar, abens 7½ Uhr Turnen. Die Turner des Jugendvereins Basilika und des kath. Arbeitervereins werden gebeten, pünktlich und vollzählig im Paulushause zu erscheinen. Zu den Fastnachtstagen stellen wir eine Riege aus den besten Turnern.

Sängerabteilung des kath. Gesellenvereins. Heute abend 8,30 Uhr Gesangprobe Erscheinen aller Sänger dringend erforderlich.

Druck und Verlag von Joseph Altmeppen, Buchdruckerei und Zeitungsverlag
Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Schriftleiter Hans Stüwer, für den Anzeigen- und Reklamenteil Joseph Altmeppen, sämtlich in Rheine.
Bei Eintritt höherer Gewalten, Papiermangel, Versagen der Lieferungsmittel wird keine Gewähr für Lieferung geleistet; auch nicht für Anzeigen bezüglich Platz und Tag der Aufnahme. Rückzahlung der Bezugsgelder wegen ungenügender Lieferung ausgeschlossen.
Für Aufbewahrung und Zurücksendung unverlangter Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.



Gott hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, meinen lieben Mann, unsern guten unvergeßlichen Vater, Großvater und Onkel

Clemens Wolf

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Er starb nach langer, mit großer Geduld ertragener Krankheit versehen mit den hl Sterbesakramenten im Alter von 68 Jahren sanft und ruhig im Herrn.

Um ein andächtiges Gebet für den teuren Verstorbenen bitten

Rheine, den 31. Januar 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Das feierliche Seelenamt findet am Dienstag morgen 8½ Uhr in der alten Pfarrkirche statt, darauf die Beerdigung vom Sterbehause Schleupe 43.

Bekanntmachung.

Als der für die

Wahlen

zum Kreistag des Kreises Steinfurt und zum Provinziallandtag der Provinz Westfalen bestellte Wahlkommissar fordere ich hiermit

zur Einreichung von Wahlvorschlägen

auf. Wegen Beschaffenheit und Inhalt der Wahlvorschläge schreibt das Gesetz betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen vom 3. Dezbr. 1920 (G. S. S. 1) vor:

§ 9. Absatz 1, Ziffer 4. Wahlvorschläge werden bezüglich in den einzelnen Wahlkreisen eingereicht; sie brauchen nur fünfzehn Unterschriften von im Wahlkreise wahlberechtigten Personen zu tragen und sollen ein Kennwort enthalten, das auch der Name einer Partei sein kann. Eine Verbindung von Wahlvorschlägen findet nicht statt. Im übrigen finden die für die Kreiswahlvorschläge geltenden Vorschriften Anwendung, jedoch kann die Frist für die Einreichung durch Beschluß des Provinzialausschusses abgekürzt werden.

Die Wahlordnung für die Provinziallandtage- und Kreistagswahlen vom 31. Dezember 1920 (G. S. S. 8) verordnet ferner:

§ 14. Zur Einreichung von Wahlvorschlägen hat der Wahlkommissar durch eine Bekanntmachung in Blättern des Wahlkreises die zu amtlichen Veröffentlichungen dienen, aufzufordern.

§ 15. Die Bekanntmachung des Wahlkommissars soll spätestens vier Wochen vor dem Wahltag e folgen.

§ 16. In der Bekanntmachung sind die Kalendertage zu bezeichnen, an denen spätestens die Wahlvorschläge einzureichen sind. Die Einreichung hat nach § 14, Absatz 2 des Landeswahlgesetzes spätestens am einundzwanzigsten Tage vor dem Wahltage zu erfolgen, sofern nicht gemäß § 9, Ziffer 4 des Gesetzes betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und den Kreistagen eine Abkürzung dieser Frist durch den Provinzialausschuß — Kreisausschuß — beschlossen ist

Die Bekanntmachung soll die Vorschriften über Beschaffenheit und Inhalt der Wahlvorschläge wiedergeben.

§ 17. Wahlvorschläge können auch vor der öffentlichen Aufforderung eingereicht werden, sobald der Wahlkommissar ernannt ist.

§ 18. In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Zu- und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihr Wohnort und ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen

§ 19. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes oder Standes und ihres Wohnortes und ihrer Wohnung beifügen.

Mit dem Wahlvorschlage sind einzureichen:

1. Die Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in den Wahlvorschlag zustimmen,
2. die gemeindebehördliche Bescheinigung, daß die Bewerber am Wahltage das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben, Reichsangehörige sind, in der Provinz (Kreis Steinfurt) wohnen und vom Wahlrechte nicht ausgeschlossen sind
3. die gemeindebehördliche Bescheinigung, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages in die Wählerliste oder Wahlkartei eingetragen sind.

Die Gemeindebehörden haben die Bescheinigungen auf Antrag gebührenfrei auszustellen.

§ 20. Jeder Wahlvorschlag soll mit einem auf die Parteistellung der Bewerber hinweisenden oder einem sonstigen Kennworte versehen sein, das ihn von allen anderen Wahlvorschlägen in demselben Wahlkreise deutlich unterscheidet. Irreführende Kennworte sind unzulässig.

Der Wahlvorschlag muß nach § 9 des Gesetzes, betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen, in Verbindung mit § 17 des Landeswahlgesetzes einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter bezeichnen, die möglichst am Sitze des Wahlkommissars wohnen.

Nachdem gemäß § 16, Absatz 1 der Wahlordnung vom 31. vorigen Monats von Seiten des Kreisausschusses die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge auf 14 Tage verkürzt ist, sind mir Wahlvorschläge für den Kreistag und für den Provinziallandtag getrennt

bis spätestens am Sonntag, den 6. Februar 1921 beim Landratsamt in Burgsteinfurt einzureichen.

Burgsteinfurt, den 21. Januar 1921.

Der Wahlkommissar:
Russel.

Rheine, den 28. Januar 1921.

Veröffentlicht.

Der Bürgermeister. Der Amtmann.

Zucker-Zusatzmarken.

Die Neuausgabe der Zucker-Zusatzmarken für Kinder bis zu 2 Jahren erfolgt am

Mittwoch, den 2. Februar vormittags 9—12½ Uhr in der üblichen Abteilung des Arbeitsnachweises (Rathaus Zimmer Nr. 8) gegen Vorlage der Kinder-Mehlkarte und der Lebensmittelausweiskarte.

Rheine, den 31. Januar 1921.

Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Kranken- und Kinderzusatzmarken (Weizenmehl und Zwieback) für Kinder bis zu 2 Jahren Kranke und Schwerbeschädigte findet am

Dienstag, den 1. Februar 1921, vorm. 8—12 Uhr im Amtsverwaltungsgebäude, Zimmer 3 statt.

Rheine, den 29. Januar 1921.

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Gewerbliche Verbraucher von mindestens 10 Tonnen Kohlen, Koks oder Briketts monatlich, haben in der Zeit vom 1. bis 5. Februar 1921 erneut Meldung über Kohlenverbrauch und Bedarf zu erstatten. Die vorgeschriebenen Meldekarten können unentgeldlich von der Ortskohlenstelle des Amtes Rheine bezogen werden.

Rheine, den 29. Januar 1921.

Der Amtmann.

Den verehrten Kunden meines verstorbenen Vaters zur gefälligen Kenntnis, dass ich das Geschäft jetzt vollständig wieder eröffnet habe Für prompte und billige Lieferung wird bestens gesorgt.

Clemens Schräder,
Elte b Rheine.

Tüchtige
Weißnäherinnen
in oder außer dem Hause gesucht.
Alex Franksmann.

Technische - Privatschule Osnabrück
Maschinenbau Elektrot chnik
Georgstraße 14 ²
Semesterbeg.: 14. Apr. 1921
Prospekt frei
Geschäftszeit: 8—12 u. 5—7
Postfach 171.

Ostfriesen!!
Zusammenkunft
Dienstag abd. 8 Uhr
bei Prax

Guter, wachsamer
Kettenhund
bes. für Nachtwächter zu verkaufen.
Näh. Geschäftsstelle.

Mehrere jg. Leute (Handwerker) suchen
Kost u. Logis
evt. nur Logis mit Morgenkaffee.
Näh Geschäftsstelle.

Tüchtige
Maurer gesucht.
Baugeschäft
H. Roß.

Junger, schöner
Kettenhund
weil überzählig
zu verkaufen.
Näh. Geschäftsstelle.

Ordentliches
Mädchen
gesucht zum 15. Febr. oder 1. März für ganze Tage. Hoher Lohn wird zugesichert Zu erfragen
Neuenkirchenerstr. 3.

Suche für sofort ein schulentlassenes
Mädchen
welches Liebe zu einem Kinde hat, für nachmittags.
Frau Bern. Liade,
Poststraße 22.

Möbl. Zimmer
gesucht mögl. mit voller Pension. Ang. unt. J. B. 30 an die Geschäftsstelle.

Brautpaar Beamter aus hiesiger Gegend sucht
Wohnung
am liebsten außerhalb der Stadt. Ang. unt. „R M." an die Geschäftsstelle.

Selbstgeber gibt Darlehen
! an sichere Personen !
! — ohne Bürgen — !
Näheres
Hancke, Jobenbürenstr. 16.

Ein guterh. schwerer
3zöll. Ackerwagen
weil überzählig zu verkaufen.
Näh. Geschäftsstelle.

Junger Hund
zu verkaufen. Näheres
Münsterstr. 58.

Hund
abhanden gekommen, Foxterrier(Hündin) gegen Belohnung abzugeben
Hch. Hiekmes, Wassersir. 50.

Empfehle mich zum
Flechten von Rohr- und Binsenstühlen.
A. van Dyk,
Alsenstr. 10. — Emstor.

2 Personen erhalten
bürgerliches Mittagessen
Näh. Geschäftsstelle.

Ein Kinderschuh
verloren. Bitte ihn abzugeben bei
Schuhmachermeister
Hindrix, Marktstraße.

G. Egberts, Rheine
Eisenwaren
Fernsprecher 166.

Rheine i. W., den 31. Januar 1921.

Um meine geschätzte Kundschaft davon zu überzeugen, daß sie bei mir mindestens ebenso vorteilhaft kauft, wie bei auswärtigen Händlern. stelle ich einen großen Posten

Felsen-Emaillen

Fabrikat J. & H. Kerkmann, Ahlen i. Westf.

mit kleinen Schönheitsfehlern zum Preise von

Nk. 16,— pro Kilo

gesondert zum Verkauf

Es handelt sich um Geschirre, die eben dieser Schönheitsfehler wegen aus der sonst von mir nur geführten ersten Qualität aussortiert sind, für deren Haltbarkeit ich aber volle Gewähr übernehme.

G. Egberts.

Das einzige amtliche
Publikationsorgan
für Stadt und Amt Rheine
ist und bleibt die
Münsterländ. Volkszeitung

Sie ist daher in der Lage, am **ersten u. schnellsten die amtlichen Veröffentlichungen** zu bringen.
Neben diesem Vorzug empfiehlt sich die Münsterländische Volkszeitung durch die Reichhaltigkeit ihres Inhaltes. Die seit 1. Januar erscheinenden wöchentlichen Beilagen: „Feld und Garten", „Jung Rheine" und „Sonntagslese" haben den ungeteilten Beifall unserer Leser gefunden, was uns ein Ansporn sein wird, sie weiter auszugestalten. Ebenso werden wir den übrigen Sparten, besonders den Provinz- und Handelsnachrichten, erhöhte Aufmerksamkeit widmen und sie weiter ausbauen.
Unsere zweite große Setzmaschine ist aufgestellt und wird zu Anfang dieser Woche in Betrieb genommen werden. Vom ersten Februar an wird die Herstellung ganz auf die Nacht- und frühen Morgenstunden verlegt, ohne daß die bisherige Zustellungszeit eine Aenderung erfährt. Dieses **Höchstmaß technischer Leistungsfähigkeit** und der **Dienst von vier Depeschenbüros** ermöglichen uns die **größte Schnelligkeit in der Berichterstattung.** Alle diese Vorzüge, gemessen an dem Bezugspreis, sagen jedem, daß für Rheine und Umgegend immer noch das billigste Nachrichtenblatt ist

die „Münsterl. Volkszeitung."

Reichliche Stickstoffverdüngung sichert:
Verdienst dem Landwirt!
Ausreichende Ernährung dem Volke!

Das
Stickstoff-Syndikat

Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Berlin W 35

liefert:

Schwefels. Ammoniak	*mit einem Stickstoffgeh. von ungefähr*	*20,58%*
Natronsalpeter	„ „ „ „ „	*16%*
Kalkstickstoff	„ „ „ „ „	*18—22%*
Ammonsulfatsalpeter	„ „ „ „ „	*27%*
Kaliammonsalpeter	„ „ „ „ „	*16%*

(*letzterer ausserdem 25% Kali enthaltend*),

Verbraucher wenden sich zum Bezuge am besten an die örtlichen Verkaufsstellen der Genossenschaften oder des Handels.

Pelzmodehaus Resi Sander
Münster i.W. — **Roggenmarkt 17/18 I.**
Kein offener Laden — Den ganzen Tag geöffnet.

Inventur-Räumungs-Verkauf

Um meiner w. Kundschaft bei meinem ersten **Inventur-Ausverkauf**
etwas außergewöhnliches
zu bieten, habe ich mich entschlossen, **ohne Rücksicht auf den früheren Einkauf**
auf sämtliche Pelzwaren einen Rabatt von 40%
zu gewähren. An sämtlichen Artikeln sind die alten Preise sichtbar.
Einen Posten **Herrenstoffe**, pr. Ware, 140 cm breit, in sehr schönen Mustern. jeder Anzug **Mk. 390.—**
Crêpe de Chine und Selde, 100 cm breit, wunderbare Farben, solide, schwere Qualität, Mtr. jetzt **Mk. 75.—**

Alemannia-Lichtspiele!
Sedanstraess 3.
Original-Stierkämpfe in Spanien.
Gauner der Gesellschaft
In 6 Akten.
Die Direktion.

Innung vereinigt. Handwerker
außerordentliche
Versammlung
am Montag, den 31. Januar 1921 8¼ Uhr im kath. Gesellenhause

Tagesordnung:
1. Wahl der Gesellenausschüsse
2. Wahl zum Innungsschiedsgericht.
3. Wahl zum Innungsausschuss.

Unentschuldigtes Fehlen wird mit 5 Mk. bestraft. Die Gehülfen sind zu dieser Versammlung ebenfalls freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

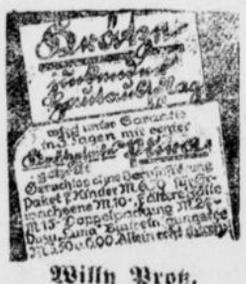
T. C. W.
Die Versammlung findet nicht in dem Lokale bei Hesseling, sondern im Vereinslokale Beesten Montag, pünktlich 8½ Uhr statt
Der Turnrat.

— 2000 Mark —
und mehr monatl. Verdienst evtl. Nebenverdienst können strebsame, fleissige Herren, durch den Verkauf der
diebessicheren Alarmstahlkassette „Ehag"
D. R. P. 223159 und 246991
verdienen. In Frage kommen Herren mit Erfahrung im Besuchen der Privatkundschaft, Versicherungsagenten, Verkäufer landw. Maschinen, Reisende etc. Herren, die an systematisches Arbeiten gewöhnt sind, gutes gewandtes Auftreten und entsprechendes Redetalent besitzen, wollen anfragen bei
Hauptvertreter **Heinrich W. Loewer,** Münster i.W.
Postfach 124. Telefon 1640.

Kath. Schulorganisation
— in Rheine —
Versammlung
Dienstag, den 1. Februar 5½ Uhr im Gesellenverein
Tagesordnung:
1. Die Neuordnung des Schulwesens im verflossenen Jahre.
2. Die Aufgaben des Elternbeirates.

Die Mitglieder der Schulorganisation, die Lehrer u. Lehrerinnen u. die Mitglieder der Elternbeiräte in Stadt- und Landgemeinde werden zur Teilnahme an der Versammlung freundl. eingeladen.
Rheine, d. 28. Jan. 1921.
Dr. Mönchemeyer
Vorsitzender.

Verloren
Am Donnerstag, den 20. Jan. abends auf dem Wege von Leostr. — Ludgeriestr. ein **Wagenrad** von einem blauen Wagen. Wiederbringer erhält Belohnung.
Ludgeristr. 8.



Willy Protz,
Schwanen-Drogerie.

Flaschen
wie auch Korbflaschen
:—: **kauft** :—:
Th. Nienkemper
Markt-Drogerie.

Beschaffung von Kapitalien und Teilhabern, Finanzierung u. Unternehmungen.
Kostenlos bei Nichterfolg!!
Näheres
Haacke, Ibbenbürenerstr. 16

Selten günstige Gelegenheit für Gastwirte, Café u. Kinobesitzer, umständehalber verkaufe ich ein fast neues
Hupfeld-Pan-Salon-Orchestrion
in dunkler Eiche, vornehme erstklassige Salon-Streichmusik, weit unter dem heutigen Fabrikpreis.
G. Weigmann,
Münster i./W.
Ludgeristraße Nr. 5/6.

Bekanntmachung.

Nachdem das Oberversicherungsamt Münster mit Wirkung vom 31. Januar 1921 ab die Ortslöhne für den Versicherungsamtsbezirk Rheine Stadt.

für männliche Personen	über 21 Jahre	auf	12.— Mk.
„ „	„ von 16 bis 21 Jahren	„	10.— Mk.
„ „	„ unter 16 Jahren	„	5.— Mk.
„ weibliche	„ über 21 Jahre	„	8.— Mk.
„ „	„ von 16 bis 21 Jahre	„	6.— Mk.
„ „	„ unter 16 Jahre	„	4.— Mk.

festgesetzt hat, sind von diesem Zeitpunkt ab gemäß § 1246 der Reichsversicherungsordnung für sämtliche einer Krankenkasse nicht angehörende der Invalidenversicherungspflicht unterliegenden Personen nur noch Beiträge in Lohnklasse V 2,80 Mk. pro Woche zur Invalidenversicherung zu entrichten.

Rheine, den 27. Januar 191.
Der Bürgermeister.

Das beste und praktische für den Haushalt
— — ist das Wunder in der Waschküche! — —
Die Wiener-Wäscherin!
Die kleinste, beste und billigste Waschmaschine der Welt
— Preis nur 55.— Mk —
— wäscht ohne Seife bei größter Kohlenersparnis —
2 praktische Vorführungen
Dienstag, den 1. Februar
im Saale des Restaurants Jörling, Münstermauer
2½ Uhr nachmittags — 6 Uhr abends
Jede Hausfrau ist eingeladen.
Schmutzige Wäsche Leib-, Bettwäsche Gardinen, Blusen usw. sind unbedingt mitzubringen!

Die Wiener-Wäscherin
wäscht ohne Seife
wäscht ohne Reibung
wäscht spielend leicht
spart zehnfach an Arbeitszeit
spart ⅔ an Kohlen
schont die Wäsche
ist für jeden Haushalt passend.

Die schmutzige Wäsche wird wie neu
Hunderttausende bereits im Gebrauch
Niemand versäume diesem hochinteressanten Schauwaschen beizuwohnen.
Schriftliche Bestellungen erbittet:
Wilh. Schomakers, Münster.
Gasselstraße 11.
Eintritt frei. Eintritt frei.